

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pphm d

Inhalt

Dr. Brunhilde Peter kommentiert eine Studie aus Allensbach: Von der „Lust an der Arbeitslosigkeit“.

Seite 1

Helmut Wiczorek MdB analysiert die „geistig-moralische Wende“ und was sie in der Wirklichkeit bedeutet: Die Mogelpackungen der Bundesregierung (Teil II und Schluß).

Seite 2

Dr. Alfred Emmerlich MdB würdigt die Arbeit der Humanistischen Union, die in diesen Tagen 25 Jahre wurde: Mit der Kraft der Vernunft für Toleranz und Demokratie.

Seite 6

41. Jahrgang / 206

28. Oktober 1986

Von der „Lust an der Arbeitslosigkeit“

Zum Arbeitslosen-Bild der Frau Noelle-Neumann

Von Dr. Brunhilde Peter
Arbeitsministerin des Saarlandes

Man hat es ja schon immer gewußt: Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit sind die Arbeitslosen! Wer denn sonst?

Sonst kämen schließlich Zweifel auf: „Weiter so, Deutschland“.

Den „wissenschaftlichen Beleg“ lieferte - natürlich - Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann. Der „Welt“ ist es eine ganze Serie wert.

So rührt das Haus „Allensbach“ das demoskopische Ursachen-Gemälde der Arbeitslosigkeit: „Jeder fünfte Arbeitslose sagt, er habe sich in den letzten sechs Monaten bei keiner Stelle beworben, etwa jeder vierte hat sich nach eigener Auskunft innerhalb der letzten sechs Monate bei nicht mehr als ein bis drei Stellen beworben. Das bedeutet, daß fast die Hälfte der Arbeitslosen in diesem Herbst 1986 sehr wenig unternehmen, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden.“

Sie wollen ja nicht, die Arbeitslosen. Wir haben es schon immer gewußt. Nun endlich - rechtzeitig im Bundestagswahlkampf - ist es bewiesen.

Mit kritischen Fragen, ob denn die amtliche Statistik recht haben könnte, wonach auf 2.046.121 Arbeitslose nur 165.255 offene Stellen kommen, hält sich die Demoskopin gar nicht erst auf.

Schließlich: „Arbeitslosigkeit wird nur von der Hälfte der Arbeitslosen als Zustand empfunden, der möglichst bald beendet werden muß, und auch nur etwa die Hälfte gibt sich größere Mühe, ohne Verzug wieder Arbeit zu finden.“

Das ist ja auch kein Wunder, nach dem Arbeitslosenbild der Frau Professorin: „Arbeitslos zu sein, das hat bestimmt viele Nachteile, aber Vorteile hat es für den einen oder anderen vielleicht auch... Ich kann mir meine Zeit so einteilen wie ich will.“

Na also, was regen sich die Sozis denn so auf. „Weiter so, Deutschland“, es geht aufwärts, bald dürfen wir alle viel mehr Freizeit haben.

(-/28.10.1986/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
on special 8 column
Recycled Paper



Die Mogelpackungen der Bundesregierung (Teil II)

Was die „geistig-moralische Wende“ wirklich bedeutet

Von Helmut Wieczorek MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Mogelpackung 4: Subventionen

Weil die Erfolge dieser Bundesregierung beim Subventionsabbau entgegen ursprünglichen Versprechungen buchstäblich ins Wasser gefallen sind, mußte auch hier ein Trick herhalten, um die schlechte Bilanz nicht noch schlechter aussehen zu lassen. Die vom Bundesfinanzminister initiierte Nacht- und Nebelaktion bei der Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft, die den Steuerzahler insgesamt über 20 Milliarden DM kostet und hauptsächlich den landwirtschaftlichen Großbetrieben zugute kommt, wollte der Bundesfinanzminister keinesfalls als Subventionen ausweisen. Dennoch hatte er offensichtlich ein schlechtes Gewissen und ließ diese Subvention im Subventionsbericht zumindest als Fußnote erscheinen.

Dr. Stoltenberg am 11. September 1985 im Deutschen Bundestag: „Im Bericht werden - wie bisher üblich - auch die Subventionsmaßnahmen der EG nachrichtlich dargestellt. Ebenso wird mit der Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft verfahren, da sie im wesentlichen an die Stelle einer bisherigen EG-Maßnahme, nämlich des Währungsausgleichs, tritt... Ich will den öffentlichen Methodenstreit der Zuordnung jetzt nicht vertiefen. Würde man, wie es die Vorstellung der Opposition ist, diese Maßnahmen einrechnen, käme man auf ein Subventionsvolumen 1985 von 33,6 Milliarden DM gegenüber 31,1 Milliarden DM im Vorjahr.“

Auf die Frage des Abgeordneten Schlatter (SPD), ob damit gleichzeitig festzustellen sei, daß die Ausweisung eines Einkommensausgleichs für Landwirte in den früheren Subventionsberichten der sozialliberalen Koalition falsch war, Dr. Stoltenberg: „Ich glaube, daß der Sachzusammenhang diesmal ein anderer ist. Es trifft zu, daß auch die Regierungen Brandt und Schmidt die Vorsteuerpauschale für Landwirte als ein geeignetes Instrument für temporäre Hilfen angesehen haben... Aber damals war die Ursache eine andere.“

Aber nicht nur die Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft, auch die Abschreibungsverbesserungen für Wirtschaftsgebäude werden nicht als Subvention ausgewiesen. Rechnet man diese Maßnahmen mit in das Volumen ein, sind allein die Steuervergünstigungen von Bund, Ländern und Gemeinden seit 1982 um über 50 Prozent ausgeweitet worden. Ein bemerkenswertes Negativergebnis.

Zu den Wirkungen der Subventionen hat denn auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Späth, im Bundesrat am 30. April 1982 geäußert: „Dabei wäre es interessant, einmal festzustellen, wer die Subventionen bekommt und wer die Lasten trägt. Die Großwirtschaft bekommt die Subventionen, der Arbeiter trägt die Lasten.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Es bleibt dabei, daß dieser Bundesfinanzminister als Subventionsminister in die Geschichte unseres Landes eingehen wird.

Mogelpackung 5: Wiederanstieg der Neuverschuldung

Der Bundesfinanzminister hat bei dem von ihm vorgelegten Haushaltsentwurf 1987 eine erhöhte Verschuldung des Bundes um 24,3 Milliarden DM vorgesehen und dabei erstmals wieder die neuen Schulden gegenüber dem laufenden Haushalt 1986 um 600 Millionen DM angehoben. Für



das Jahr 1988 schlägt der Bundesfinanzminister sogar eine weitere Erhöhung um weitere 1,7 Milliarden DM auf 26 Milliarden DM vor. Die erhöhte Verschuldung hat der Bundesfinanzminister damit begründet, daß die Ursachen nicht auf der Ausgabenseite entstanden seien. Die Finanzierungsprobleme lägen vielmehr auf der Einnahmenseite, denn der Bund verliere „in kurzer Zeit“ rund 15 Milliarden DM an Einnahmen.

Nur, wenn man nachprüft, was der Bundesfinanzminister wirklich „in kurzer Zeit“ an Einnahmen verloren hat, so stellt man fest, daß die vom Finanzminister genannten Positionen: Übertragung von Steueranteilen an die EG, Steuerausfälle durch die Steuersenkung 1986/88, Abschreibungsverbesserungen für Wirtschaftsgebäude, alle schon in der Finanzplanung des letzten Jahres enthalten waren. Dies wurde vom Bundesfinanzminister auf Schriftliche Anfrage bestätigt.

Bleibt als einzige wesentliche Position der Rückgang des Bundesbankgewinnes, der in der Planung mit zehn Milliarden DM angesetzt war und auf sieben Milliarden DM reduziert werden mußte. Aber genau diese Lücke von drei Milliarden DM soll durch die Verschönerung von wertvollem Bundesvermögen „VW und VEBA“ gestopft werden.

Von einem dramatischen Rückgang der Einnahmen in kurzer Zeit in Höhe von 15 Milliarden DM kann also keine Rede sein, denn alle Positionen, außer dem Bundesbankgewinn, waren schon in der letzten Finanzplanung berücksichtigt. Die Begründung des Bundesfinanzministers für den Wiederanstieg der Neuverschuldung ist fadenscheinig. Tatsache ist, daß der Wiederanstieg dadurch zustande kommt, weil die Subventionen explodieren.

Es bleibt dabei, noch so schöne Entschuldigungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Bundesfinanzminister 1983 bis 1986 über 100 Milliarden DM an neuen Schulden aufnehmen wird. Das ist mehr, als irgendeiner seiner Amtsvorgänger im gleichen Zeitraum aufgenommen hat. Die Bundesbankgewinne sind dabei nicht berücksichtigt. Bis 1990 sollen nach der mittelfristigen Finanzplanung weitere 100 Milliarden DM neue Schulden hinzukommen.

Mogelpackung 6: Ungedechte Wahlversprechen

Im Juli dieses Jahres hat der Bundesfinanzminister bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes 1987 auch die mittelfristige Finanzplanung bis 1990 vorgestellt. Dieser Finanzplan war schon einen Tag später Makulatur. Entscheidende Haushaltsbelastungen für die nächsten Jahre sind nicht enthalten, ungedechte Wahlversprechen haben Konjunktur:

- Das Bundeskabinett hat über das Babyjahr für Trümmerfrauen am gleichen Tag erst nach der Verabschiedung des Haushaltsentwurfes 1987 und des Finanzplans bis 1990 eine schäbige Stufenregelung in Aussicht gestellt, die in der Finanzplanung nicht enthalten ist.
- Die Finanzierung der angekündigten Steuerentlastung um 40 bis 45 Milliarden DM ist völlig offen. Wenn davon 25 Milliarden DM netto - also ohne Subventionsabbau und Verbrauchsteuererhöhung - finanziert werden sollen, müßte die Neuverschuldung des Staates um eben diese 25 Milliarden DM ansteigen. Dazu erklärt der Parlamentarische Staatssekretär des BMF, Dr. Voss, im Handelsblatt vom 5./6. September 1986, unter der Annahme, daß das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) im Jahre 1990 rund 24,5 Milliarden DM betragen wird. „Addiert man elf Milliarden DM als erste Entlastungsstufe zu dem Wert für 1990, bleibt das Defizit mit 35,5 Milliarden DM immer noch 2,5 Milliarden DM unter dem Wert des Jahres 1986.“ So einfach ist das, wenn man die Steuerentlastung auf zwei Legislaturperioden teilt, die eine Hälfte dem Defizit zurechnet und die andere Hälfte offen läßt.
- Bei dem auf die nächste Legislaturperiode verschobenen Subventionsabbau um angeblich acht Milliarden DM (Stoltenberg) bis 25 Milliarden DM (Bangemann) ist jetzt aus einer Antwort der Bundesregierung klar geworden, wobei daran gedacht wird:



„Die Überprüfung des Steuerrechts wird sich nicht auf Steuervergünstigungen im Sinne der Anlage 2 des zehnten Subventionsberichtes beschränken, sondern sich grundsätzlich auf alle steuerlichen Ausnahme- und Sonderregelungen erstrecken (vgl. zum Beispiel auch Anlage 3 des 10. Subventionsberichtes).“

Die Antwort macht deutlich, woran die Bundesregierung hier denkt. Die vier größten Posten in Anlage 3 des 10. Subventionsberichtes sind:

- Der Weihnachtsfreibetrag für Arbeitnehmer,
- der Arbeitnehmerfreibetrag,
- der Sonderausgabenabzug von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung,
- Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgabe.

Subventionsabbau der also offensichtlich in der Hauptsache Arbeitnehmer treffen soll.

Aber damit nicht genug. Die Unionspolitiker machen jetzt milliardenschwere Wahlversprechen. Generalsekretär Geißler hat angekündigt, daß das Erziehungsgeld erheblich ausgebaut werden soll, die steuerlichen Kinderfreibeträge, der Kindergeldzuschlag und das Kindergeld für Kinderreiche erhöht werden und die ambulante Pflege verbessert werden soll. Frau Minister Süßmuth hat angekündigt, daß die Ausweitung der familienpolitischen Leistungen in der nächsten Legislaturperiode zu mehr als 100 DM bei ersten Kind, nicht ganz 200 DM bei zweiten Kind und zu mehr als 300 beim dritten Kind führen soll.

Die Finanzierung dieser Ankündigungen steht in den Sternen.

Dr. Stoltenberg im Kölner Stadtanzeiger vom 22. August 1986: „Wir haben einen gewissen Spielraum, Fragen in der Familienpolitik in der Haushaltsplanung festzulegen. Nicht alles, was jetzt auf Fachkongressen der CDU/CSU an maximalen Wünschen formuliert wird, kann dabei berücksichtigt werden. Wenn unser Wahlprogramm in einigen Wochen veröffentlicht wird, wird man eine etwas behutsamere Aussagen finden.“

Und wie heißt es dann im Entwurf des Wahlprogramms der CDU vom 28. August 1986?

„Wir werden in der nächsten Legislaturperiode

- mit dem Kinderfreibetrag auch den Kindergeldzuschlag weiter erhöhen,
- das Kindergeld für kinderreiche Familien anheben,
- das Erziehungsgeld ausbauen,
- darüber hinaus muß die soziale Sicherung der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten geregelt werden und so weiter und so weiter.“

In der Finanzplanung bis 1990 fehlt hierfür jegliche finanzielle Vorsorge. Entweder denkt der Bundesfinanzminister überhaupt nicht daran, die ungedeckten Zukunftswchsel seiner Kolleginnen



und Kollegen einzulösen oder aber er weiß, daß sein Finanzplan in diesen Punkten schon jetzt Makulatur ist und er die Neuverschuldung des Bundes gewaltig erhöhen muß.

Das „Tüpfelchen auf dem i“ hat dann die FDP gesetzt, die angekündigt hat, daß Stoltenbergs Steigerungsrate bei den Ausgaben des Bundes bis 1990 mit 2,9 Prozent pro Jahr noch immer zu hoch sei und, daß erneute Milliardenkürzungen - wie schon 1983 und 1984 notwendig sind. Im Klartext heißt dies, die FDP - und dem wird sich die CDU/CSU sicherlich nicht verschließen - will, wie schon in den letzten drei Jahren weiter bei den schwächsten und ärmsten unserer Gesellschaft kürzen, um damit zum Beispiel die Spitzenverdiener über die Senkung des Spitzensteuersatzes zu bedienen. Die Umverteilung von unten nach oben würde damit in noch größerem Stil fortgesetzt.

Die vorgestellten Beispiele machen deutlich, was aus der geistig-moralischen Wende geworden ist: Schöne Sprüche, Manipulationen und ungedeckte Wahlversprechen für die Zukunft. All dies muß den Menschen in unserem Lande wie der blanke Hohn erscheinen, insbesondere auch den noch immer weit über zwei Millionen Menschen ohne Arbeit.

„Es gibt keine größere soziale Demontage als jahrelange Massenarbeitslosigkeit. Wir müssen um des sozialen Friedens willen dafür Sorge tragen, daß sich die Industriegesellschaft nicht in zwei Klassen aufteilt: in einen Teil, der Arbeit besitzt, und in einen Teil, der außerhalb der Arbeitswelt steht. Wenn die Interessen derjenigen, die Arbeit besitzen, auf Kosten derjenigen, die Arbeitsplätze suchen, durchgesetzt werden - beispielsweise mit überhöhten Lohnforderungen -, dann wächst mit weiter zunehmender Arbeitslosigkeit eine ‚Ellenbogengesellschaft‘ heran.“ So der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dr. Dregger, am 18. November 1982 im PresseDienst seiner Fraktion. Dem ist nichts hinzuzufügen. Oder doch?

Dr. Stoltenberg in seiner Rede vor der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr am 18. April 1986: „Die Stärkung des privaten Sektors, die wir eingeleitet haben, ist keine Absage an den Sozialstaat, oder wie eine noch demagogischere linke Parolen behauptet, die Hinwendung zur ‚Ellenbogengesellschaft‘.“

Er wird damit doch wohl nicht den Vorsitzenden seiner eigenen Fraktion gemeint haben?

Hier kann man nur sagen: „Weiter so Deutschland.“

(-/28.10.1986/vo/rs)

* * *



Mit der Kraft der Vernunft für Toleranz und Demokratie

Die Humanistische Union wurde in diesen Tagen 25 Jahre alt

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

In diesen Tagen ist die Humanistische Union 25 Jahre alt geworden. Die Öffentlichkeit hat dieses Jubiläum kaum beachtet. Der Umstand, daß die Humanistische Union keine Massenvereinigung ist, mag hierbei eine Rolle gespielt haben.

Daß die Humanistische Union Anfang der 60er Jahre gegründet wurde, ist kein Zufall: Damals zeichnete sich das Ende der restaurativen Adenauer-Zeit ab. Das Beispiel der Präsidentschaft des liberalen John F. Kennedy hatte auch in der Bundesrepublik Auswirkungen.

Die Ideen der Humanistischen Union, sich für eine ungehinderte Entfaltung aller religiösen, philosophischen, weltanschaulichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Strömungen einzusetzen, fand bei vielen Persönlichkeiten des Geisteslebens und bei einfachen Bürgern in unserem Lande Anklang.

In den folgenden Jahren verteidigte die Humanistische Union die Grundprinzipien des liberalen und sozialen Rechtsstaates gegen Angriffe der Reaktion und setzte sich für eine Festigung von demokratischer Solidarität und Toleranz ein.

Beispielhaft sei auf die Stellungnahme der Humanistischen Union zur Strafrechtsreform, den Notstandsgesetzen und den Sicherheitsgesetzen erinnert. Mit diesen Stellungnahmen wirkte sie als Anwalt eines humanen Rechtsstaates, wobei ihre Waffe nicht die Zahl ihrer Mitglieder, sondern die Kraft ihrer Argumente war.

Ihre Ziele - Stärkung der pluralistischen Demokratie und der Toleranz - entsprechen weitgehend den Vorstellungen der Sozialdemokratie. Trotzdem ist die Humanistische Union nie eine „Vorfeld-Organisation“ der SPD gewesen. Nicht nur die zahlreichen Mitglieder anderer Parteien, die in ihr tätig sind, haben dies verhindert. Ebenso war und ist von Bedeutung, daß sie sich nicht an Wahlsiegen und an taktischen Fragen der tagespolitischen Akzeptanz ihrer Position orientiert hat.

Trotzdem hat die Humanistische Union im Ergebnis den freiheitlichen Sozialismus gestärkt und gefördert: Die Humanistische Union hat Denkanstöße gegeben, wo politische Parteien sich „noch bedeckt“ hielten oder halten mußten. Sie hat dazu beigetragen, daß falsche Wege nicht eingeschlagen wurden und Irrtümer korrigiert wurden. Die Beziehungen zwischen SPD und Humanistischer Union waren dessen ungeachtet wie zwischen Verwandten: Zwischen Verwandten, die ihre wechselseitigen Eigenarten und Meinungen gut kennen und respektieren, aber sich auch deutlich die Meinung sagen.

Zu wünschen ist, daß dieses kritische, aber konstruktive Verhältnis in der Zukunft bestehen bleibt und die Humanistische Union wie in der Vergangenheit Anwalt von Rechtsstaat, Liberalität und Humanität ist und als solcher noch stärker als in der Vergangenheit Beachtung findet.
(-/28.10.1986/va/rs)